

Was haben Klimakleber und Streikende gemeinsam?

Seit Wochen wird von großen Teilen der Politik und Medien eine linke Gefahr beschworen. Erst die Klimaaktivist:innen der „Letzten Generation“, die als „kriminelle Vereinigung“ verfolgt werden, dann das Urteil gegen Lina E. und die folgenden Proteste in Leipzig. Die Berichterstattung ist so, dass man sich mit Schaudern abwenden soll von den „Chaoten“ und „Krawallmachern“. Doch ist es ein Zufall, dass nicht nur linke Proteste kriminalisiert und verfolgt werden, sondern auch gegen Streiks vor Gericht gezogen wird?

Erinnern wir uns: Schon gegen den ersten Warnstreik von EVG und ver.di Ende März liefen die Unternehmen und ihre Vertreter:innen Sturm, mit immer denselben Argumenten: Der „Megastreik“ (von nicht mal einem Tag) sei „unverhältnismäßig“, „eine zu große Belastung für die Wirtschaft“ ... Als ein paar Wochen vorher ver.di einen Streik- und Aktionstag mit „Fridays for Future“ gemeinsam organisiert hatte, wurde ihnen vorgeworfen, es handele sich um einen „politischen Streik“, der doch „illegal“ sei. Und als die Deutsche Bahn keinerlei Anstalten machte, auf die mehr als berechtigten Forderungen der Bahner:innen einzugehen und die EVG einen längeren Warnstreik angekündigt hat, da ist die DB vor Gericht gezogen und den Streikwilligen wurde ein Maulkorb verpasst. Kennt man bei der Berliner Krankenhausbewegung auch.

Für sie sind wir alle Störenfriede

Die Konflikte in dieser Gesellschaft nehmen zu und dafür sind nicht „linke Chaoten“ verantwortlich, sondern das aktuelle Wirtschaftssystem. Es fährt das Weltklima ungebremst vor die Wand, es erzeugt Inflation und damit einhergehende Verteilungskämpfe und vor allem erzeugt es schamlosen Reichtum an einem Ende der Gesellschaft, während für die große Masse überall Geld fehlt.

Und alle, die diese Gesellschaftsordnung in Frage stellen, werden von den herrschenden Parteien, den großen Medienkonzernen und den Behörden als Störenfriede behandelt. Und tatsächlich stellt auch jeder Arbeitskampf diese Gesellschaftsordnung ein Stückweit in Frage, weil er zeigt, dass wir Arbeitenden nicht bereit sind, alles mit uns machen zu lassen. Letzte Woche streikten mal wieder die Berliner Lehrer:innen für kleinere Klassen und es gab dieses Jahr viele Auseinandersetzungen für mehr Personal oder mehr Geld. Diese Tarifausschreitungen betreffen dabei nicht einmal die Hälfte aller Arbeitenden, denn in Deutschland sind nur noch 48 % in tarifgebundenen Betrieben beschäftigt. Die anderen brauchen aber genauso dringend höhere Löhne! Die

Auseinandersetzungen gegen die sich immer weiter bereichernden Unternehmen werden noch längst nicht entschlossen genug geführt, weshalb es flächendeckend zu Reallohnverlusten kommt.

Gefahr von links oder von rechts?

Damit das aber so bleibt, wollen die Politiker:innen uns vorsorglich einimpfen, dass man sich auf keinen Fall „radikalisieren“ dürfe. Und „Klimakleber“ und Antifaschist:innen eignen sich da als Feindbild. Innenministerin Faeser von der SPD hat vor einer wachsenden Gefahr des Linksextremismus gewarnt. Dabei sind nach den eigenen offiziellen Zahlen ihres Ministeriums zur „politisch motivierten Kriminalität“ linke Straftaten 2022 um über 30 % zurückgegangen, während rechte Straftaten zugelegt haben und mehr als dreimal so häufig sind. Nun gab es das besonders harte Urteil gegen Lina E., das nur auf Indizien beruht und auch mit dem Gummiparagrafen der „kriminellen Vereinigung“ begründet wurde. Dabei sind von Rechtsradikalen seit der Wiedervereinigung mindestens 219 Menschen nachweislich umgebracht worden, wogegen der Staat recht wenig unternommen hat! Die Gruppe von Antifaschist:innen, denen Lina E. zugerechnet wird, haben auch daher beschlossen, dieser oft tödlichen Gewalt mit Gegengewalt zu begegnen. Umgebracht haben sie niemanden. Die Demonstrationen gegen dieses überharte Urteil wurden vom Staat vorsorglich verboten, Teilnehmer:innen 11 Stunden in einem Polizeikessel festgehalten! Hier kann man wirklich sagen, dass die Polizei Randalie geradezu provoziert hat.

Die Gefahr aus dem Betrieb

Viele engagierte Jugendliche wollen keine Klimakatastrophe und keinen Rechtsruck und sie haben Recht! Wir in den Betrieben haben Erfahrung mit Streiks gesammelt, die dieses System viel wirkungsvoller bekämpfen können als „radikale“ Aktionen, weil Streiks die Profite zum Erliegen bringen. Insofern sind richtige Streiks für unsere wichtigen Forderungen die beste „Radikalisierung“!

Von Kolleg:innen für Kolleg:innen...

Die Strategie geht weiter

Im Rahmen der Strategie Charité 2030 konnten sechs Werte identifiziert werden, welche uns Kolleg:innen am wichtigsten sind: Neugier, Leidenschaft, Respekt, Verbindlichkeit, Offenheit und Courage. Diese Themen sollen in Fokusgruppen diskutiert werden. Hm, wenn wir von Respekt reden – warum nicht gleich die Reinigungskräfte der CFM einladen? Ihre Stunden reichen vorne und hinten nicht, ihre Verträge werden, wenn überhaupt, nur befristet hochgesetzt. Dass die Arbeit auf Station aber locker für 8 Stunden reicht, weiß eigentlich jeder. Und es hat was mit Respekt zu tun, Kolleg:innen genug Zeit für ihre Arbeit zu geben und Löhne zu zahlen, die zum Leben reichen.

Wer nicht gehört wird, muss laut machen

Das wissen wir Kolleg:innen von der CFM nur zu gut. In den letzten Wochen wurde eine Petition verbreitet, die den Inflationsausgleich von 3000 € für uns fordert. Über 2000 Unterschriften kamen zusammen! Die Petition wurde nun auf dem „Krankenhausratschlag“ von über 30 Kolleg:innen an die Berliner Gesundheitssenatorin übergeben. Wir machen weiter – TVÖD für alle an der Spree!

Die Charité hat Probleme

Schon wieder. Diesmal fehlen viele Millionen Euros im Jahresbudget. Wie immer, wenn es knirscht im Gebälk, wandte sich der Vorstand per Videobotschaft an die Beschäftigten. Das Personalbudget solle herhalten und die Stellen nur zu 95% besetzt werden. Ausgenommen davon ist DHZC, BIH, Pflege am Bett usw. Bleiben v.a. Verwaltung, die eh schon ächzt, und Ärzt:innen, die ja oft mit befristeten Verträgen arbeiten. Neubesetzungen sollen „zurückhaltend“ erfolgen und auf „funktionale Notwendigkeit geprüft“ werden. Klar, hatten wir bisher doch einfach zu viele Ärzt:innen beschäftigt, die sich vor Langeweile nicht zu helfen wussten. Und einen Tarifvertrag erkämpften, der ihnen ihre Arbeitsbedingungen zumindest etwas erleichtern soll, z.B. bei den Regeln zu den Diensten. Wie der Vorstand diesem Tarifvertrag mit weniger Ärzt:innen gerecht werden will – wir sind gespannt.

Spardose CFM-Beschäftigte?

Es gibt natürlich noch andere Kolleg:innen denen die Videobotschaft bitter aufstoßen wird. Die CFM wurde u.a. gegründet, um Tariffucht zu begehen und der Charité viel Geld zu sparen. Seit fast 20 Jahren kämpfen unsere Kolleg:innen um die Wiedereingliederung in die Charité und den dort geltenden TVÖD. Immer wieder wurde die Rückführung in Aussicht gestellt, auch der aktuelle schwarz-rote Senat tut dies. Doch erst für das Jahr 2026, was an sich schon eine Frechheit ist. Mit dem Getöse um ein Minus in der Bilanz wird aber auch schon deutlich, 2026 ist nicht gesetzt. Sie werden jetzt erst recht die CFMler als Spardose nutzen wollen. Gemeinsam ein Ganzes muss weiter unser Motto sein, um gemeinsam und solidarisch endlich die sofortige Wiedereingliederung der CFM durchzusetzen.

Diagnose?

Die Charité wird gerade hart getroffen von der jahrelangen verfehlten Gesundheitspolitik und appelliert mal wieder an die Belastungsfähigkeit ihrer Beschäftigten. Doch im Gegensatz zu diesem sog. „Leuchtturm“ sind andere Kliniken wirklich von der Pleite und damit von der Schließung bedroht. Der Lauterbach wirbt damit für seine Krankenhausreform und spricht von dem Aus für 25% der

Kliniken, wenn die Reform nicht komme. Dabei vergisst er wohl ganz, dass die Reduktion der Krankenhäuser auch eines der Ziele der DRGs war. Fallpauschalen, die er mit Frau Schmidt (Vorgängerin von ihm) damals einführte und die er auch heute weiter als eine Hauptsäule der Klinikfinanzierung beibehalten möchte. Er warnt vor Klinikschließungen und will doch genau diese durchsetzen. Gibt es dafür eine ICD-Verschlüsselung?

Mal jemanden fragen, der Ahnung hat

Unser Herr Lauterbach schreit ja schon seit langer Zeit nach einer Reform im Krankenhaussektor. Für die Planung hat er zwei externe Beraterfirmen kommen lassen, beide haben enge Verzweigungen zu privaten Krankenhauskonzernen und der Pharmaindustrie. Und ups, egal wie die Reform nun konkret aussehen wird, scheinbar wird sie auf eins hinauslaufen: Krankenhausschließungen. Was aber die Dörfer, Kommunen, Städte oder Landkreise wirklich brauchen, interessiert keinen – oder ist das den Beraterfirmen untergegangen?

Katze aus dem Sack:

Personalmangel in Kliniken kennt man schon, doch auch wenn die Patient:innen vier Beine haben, ist die Lage nicht besser. An der Tierklinik der Freien Universität ist die Situation besonders katastrophal: Weil das Personal einfach nicht reicht, gibt es keine Notfallambulanz mehr, aber auch so lässt sich nicht mal ein Minimum an Arbeitsschutz gewährleisten. Nachtschichten ganz allein sind an der Tagesordnung und die Dienstpläne legen die Chefs dem Personalrat überhaupt nicht mehr vor – sie halten sich ohnehin nicht an die Regeln. Auch der Unfall eines Tierpflegers, der beinahe tödlich endete, veränderte die Situation nicht. Nun sollte man diesen Stier bei den Hörnern packen und sich endlich für eine Verbesserung der Umstände einsetzen!

Streiken für Entlastung

Auch die Berliner Lehrer:innen streiken seit über einem Jahr immer wieder für ein gesünderes Arbeitsleben: das bedeutet, vor allem für kleinere Klassen. Und der Senat hört erfolgreich seit über einem Jahr weg. Anfang Juni kam es an drei aufeinanderfolgenden Tagen zu Streiks und solange der Weg zum Verhandlungstisch versperrt bleibt, wird das auch immer wieder passieren. Der Senat aber sagt, die Forderungen seien mit dem Lehrkräftemangel nicht umzusetzen. Doch war es die Politik der letzten Jahrzehnte, die uns an diesen Punkt geführt hat, und dann wird erwartet, dass man den ganzen Mist, der verzapft wurde am Ende auslöffelt. Das Problem der Lehrer:innen ist auch in den Krankenhäusern gut bekannt – da kann man sich ja eigentlich zusammentun ...

So: Sommer!

Das Vitamin C verabschiedet sich jetzt erstmal in die Sommerpause – aber nicht ohne einen heißen Urlaubstipp dazulassen: Unweit von Berlin an einem malerischen See die Beine baumeln lassen, über verschiedene Arbeitskämpfe diskutieren, paddeln, planschen, plaudern und einfach eine gute Zeit haben. Das geht, und zwar auf dem Sommercamp der rso. Und wie das geht, das erfahrt ihr hier: <https://www.camp2023.sozialismus.click/>

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Wir sind erreichbar unter - flugblatt_charite@gmx.net - www.sozialismus.click

V.i.S.d.P.: Florian Sund, Schmarjeistr. 17 14169 Berlin